

Staatliche Übergriffe auf Aktivisten

Human Rights Watch (HRW) meldete in seinem Jahresbericht einen weltweiten Anstieg der staatlich sanktionierten Misshandlungen von Verfechtern der Menschenrechte – nicht nur durch autoritäre Regime wie Burma und China, sondern auch in Ländern wie Sri Lanka oder Russland. Der Bericht äußerte Bedenken über die Weigerung des Regimes in Burma, dem *Internationalen Komitee des Roten Kreuzes* Zugang zu Gefängnissen zu gewähren, trotz der Berichte, dass der US Bürger Kyaw Zaw Lwin, ein prominenter Menschenrechtsverfechter, gefoltert wird.

Laut der in Thailand angesiedelten *Assistance Association for Political Prisoners-Burma* (AAPP)

hat die Junta 2009 231 Aktivisten, Rechtsanwälte, Journalisten und Politiker inhaftiert, viele im Zusammenhang mit dem zweiten Jahrestag der Proteste 2007. Kenneth Roth, Leiter von HRW, kritisierte US-Präsident Barack Obamas »unvollständige Übersetzung« von Rhetorik in Politik und Praxis. Die USA hatten im vergangenen Jahr die Verschlechterung der politischen Situation in Burma angegriffen und nach Jahren der Isolation einen Dialog mit der Junta angekündigt. Anfang Januar hatten sie ihren Unmut über den mangelhaften Fortschritt bei demokratischen Reformen im Land signalisiert.

vgl.: *Democratic Voice of Burma*,
21.1.2010

Sorge über mögliche nukleare Ambitionen

Das *Institute for Science and International Security* (ISIS) hat seine Befürchtungen erneuert, dass Burma in Zusammenarbeit mit der nordkoreanischen Firma *Namchon-gang* (NCG) in der Nähe von Mandalay ein Atomkraftwerk baue. In einem neuen Papier warnt es, Burma importiere große Mengen Technologie, die für die Herstellung von Raketen geeignet sei. Dieses Material werde an abgelegenen Orten aufbewahrt und sei möglicherweise zur Produktion von

Nuklearwaffen vorgesehen. Bestätigt werden könne dieser Verdacht nicht, zumal der Charakter der Geschäftsbeziehung zwischen NCG und Burma völlig im Dunkeln läge. Dennoch fordert ISIS zu größter Vorsicht und Transparenz im Handel mit Burma auf, damit ein mögliches burmesisches Nuklearprogramm keinerlei Unterstützung erfahren könne.

vgl. *Asianews.net*, 2.2.2010

Verhaftungen im Vorfeld der Wahlen 2010

Ngwe Soe Lin, der für die Radio- und TV-Station *Democratic Voice of Burma* (DVB) in Oslo arbeitet, wurde Ende Januar 2010 zu 13 Jahren Haft verurteilt, darunter zehn Jahre wegen Verstoßes gegen das Elektronikgesetz, welches die Versendung nichtzensurierter Informationen an das Ausland via Internet verbietet. Aye Chan Naing von DVB sieht diese Verhaftung als Teil einer laufenden Repressionswelle gegen kritische Journalisten im Vorfeld der für 2010 angesetzten Wahlen.

vgl. *Bangkok Post*, 29.1.2010

Airways privatisiert

Die nationale Fluggesellschaft Myanmar Airways hat 80 Prozent ihrer Anteile an die junta-nahe Privatbank *Kanbawza* (KBZ) verkauft, welche mit Sanktionen seitens des Westens belegt ist. Damit entscheidet die Bank in Zukunft über Management und Verwaltung der Fluglinie. Der Verkauf reiht sich ein in eine Reihe von Privatisierungen im Vorfeld der Wahlen 2010.

vgl. *The Irrawaddy*, 3.2.2010

Parallelregierung

Khun Myint Htun, einem Minister der *National Coalition Government of the Union of Burma* (NCGUB), der burmesischen Regierung im Exil, zufolge gibt es Bestrebungen, die verschiedenen bewaffneten ethnischen Minderheitenorganisationen zusammenzufassen, um im Vorfeld der für das zweite Halbjahr 2010 angekündigten burmesischen Wahlen eine Parallelregierung zu bilden. Als Bedingung dem Bündnis beizutreten formuliert die NCGUB, dass eine an dem angestrebten föderalen Bündnis interessierte Organisation bestimmte Kriterien erfüllen müsse: Sie müsse eine politische Partei sein, die über ein eigenes Territorium verfüge und von der Öffentlichkeit unterstützt werde sowie einen bewaffneten Arm habe. Des Weiteren müssten eigene Programme in den Bereichen Bildung und Gesundheit nachweisbar sein. Wenigstens vier bewaffnete Gruppen sollen schon um Aufnahme in die Koalition gebeten haben. Bestätigt wurde das Interesse an einer solchen Koalition bisher jedoch nur von der *Karen National Union* (KNU). Ein Sprecher der KNU wies darauf hin, dass sie die Formierung einer Anti-Junta-Koalition bereits 1990 vorgeschlagen hätte. Dieses Mal seien die Chancen für eine enge Kooperation zwischen ethnischen Organisationen und der demokratischen Opposition aber wesentlich besser als vor 20 Jahren. Eine vereinigte Parallelregierung, die gegen den regierenden SPDC antreten würde, wäre ein bedeutsamer Schritt. Bisher hat die Mehrzahl der Oppositionsparteien nicht bekannt gegeben, ob sie an den Wahlen teilnehmen werden oder nicht. In der Vergangenheit sind derartige Koalitionsvorhaben bisher immer gescheitert.

vgl. *Democratic Voice of Burma*,
8.1.2010

nachrichten

Letzte Berufung

Die Rechtsanwälte von Aung San Suu Kyi trafen sich Anfang Januar mit ihr, um die Berufung gegen ihr Urteil zu besprechen. »Sie [Aung San Suu Kyi] ist bei guter Gesundheit. Wir sind unsere endgültige Argumentation durchgegangen, die dem Obersten Gericht am 18. Januar 2010 vorgelegt werden soll«, so ihr Anwalt Kyi Win. Die Anwälte der Pro-Demokratie-Führerin hatten Berufung gegen das Urteil beim Obersten Gericht eingereicht, das im vergangenen Jahr von einem Landgericht gefällt worden war. Sie soll gegen ihre Haftauflagen verstoßen haben, als sie den Amerikaner John Yettaw im vergangenen Mai in ihr Haus ließ. Aung San Suu Kyi verbüßt gerade eine 18-monatige Strafe, die im August verhängt worden war und vorübergehend ausgesetzt ist. Nach besonderer Anordnung des Staatsschefs General Than Shwe war die Strafe halbiert worden.

Der Verteidiger argumentiert, dass die Verurteilung auf der Basis von Gesetzen stattfand, die nicht länger in Kraft sind. Sie basierten auf der Verfassung von 1974, die seit 1988 nicht mehr besteht, als die aktuelle Militärregierung die Macht übernahm. Zahlreiche Beobachter sehen die Anklage als Vorwand, um die Oppositionsführerin in Haft und aus der Öffentlichkeit zu halten, während die regierende Junta Wahlen für 2010 als Teil ihres 7-Stufenplans für Demokratie vorbereitet.

vgl.: Mizzima News, 12.2.2010

IOM hilft über 17.000 Flüchtlinge umzusiedeln

2009 wurden mit Hilfe der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM) über 17.000 Flüchtlinge aus Thailand in ein Drittland umgesiedelt. In einer Presseerklärung hieß es, dass seit 2004 über 74.000 Flüchtlinge aus thailändischen Flüchtlingslagern umgesiedelt wurden. Nahezu 80 % stammen aus Burma und gehören zu den ethnischen Minderheiten der Karen und Karenni. Über 80 % der 74.000 Flüchtlinge wurden in die USA umgesiedelt, der Rest nach Australien, Kanada, Dänemark, Finnland, Irland, Neuseeland, Norwegen, Schweden, Großbritannien und in die Niederlande. 6.800 oder fast 40 % kamen 2009 aus Ban Mae Nai Soi, einem Lager in der Provinz

Mae Hong Son, im Nordwesten des Landes. Weitere 3.400 aus dem Lager Mae La in der Provinz Tak. Die Organisation kümmert sich unter anderem um die medizinische Untersuchung der Flüchtlinge nach Anforderungen der Aufnahmeländer. Leiden sie an ansteckenden Krankheiten, werden sie behandelt, bis sie gesund genug für die Reise sind. Anschließend werden sie im Bus von den Lagern zum Flughafen in Bangkok transportiert. IOM organisiert außerdem die Weiterreise in das Aufnahmeland. Vor Kurzem hat Japan entschieden, 30 burmesische Flüchtlinge aufzunehmen, und ist damit das erste asiatische Aufnahmeland.

vgl.: Mizzima News, 13.1.2010

Neue Staatsfeinde

In letzter Zeit hat die burmesische Junta harte Urteile, inklusive der Todesstrafe, gegen fünf Personen verhängt, die wegen Hochverrats angeklagt sind. Ex-Major Win Naing Kyaw und sein Mitarbeiter Thura Kyaw wurden zum Tode verurteilt, weil sie Informationen über militärische Verbindungen zu Nordkorea verraten haben sollen. Pyan Sein wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er und Thura Kyaw arbeiteten für das Außenministerium. Wenige Tage vorher haben zwei andere Personen harte Strafen dafür bekommen, sensible Informationen mit der Außenwelt geteilt zu haben: Am 31.12.2009 wurden die Videojournalistin Hla Hla Win

und ihr Assistent Myint Naing zu 26 Jahren Haft verurteilt, da sie versuchten, Videomaterial außer Landes zu schmuggeln.

Über 40 Menschen sollen im Moment wegen ihrer Arbeit für die Medien in Haft sein, so die *Assistance Association for Political Prisoners-Burma* (AAPP), eine burmesische Menschenrechtsorganisation – ein Anstieg seit der Niederschlagung der Demonstrationen im September 2007. Damals war die Junta überrascht vom Informationsfluss, der es den internationalen Medien ermöglichte über Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte zu berichten.

vgl.: Irrawaddy, 11.1.2010

Karen-Arbeiter ermordet

Polizisten in der nordthailändischen Tak-Region stehen unter Verdacht, neun Arbeitsmigranten aus Burma ermordet zu haben, die der ethnischen Minderheit der Karen angehören. Alle waren durch Gewehr-kugeln des Kalibers 22 zu Tode gekommen. Ein Augenzeuge berichtete der Polizei, dass bereits im Januar 13 weitere burmesische Arbeiter von uniformierten Polizisten

an einen Ort gebracht worden seien, wo sie von einem nichtuniformierten Mann exekutiert wurden. Die thailändische Polizei gab an, die Angelegenheit zu untersuchen. Am 3. Februar 2010 erhängte sich ein Polizeibeamter, der zugegeben hatte an den Morden beteiligt gewesen zu sein.

vgl.: Bangkok Post, 2.2.2010; The Irrawaddy, 4.2.2010